

Erklärung von Theodor Sonnemann über die Voraussetzungen einer Europäischen Agrarunion (Juni 1952)

Legende: Drei Monate nach einem Vorbereitungstreffen zahlreicher Mitgliedsstaaten des Europarates erörtert, im Juni 1952, Theodor Sonnemann, Staatssekretär im Bundesministerium für Landwirtschaft, die Probleme der Verwirklichung einer Europäischen Agrarunion.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 24.06.1952, Nr. 75. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_theodor_sonnemann_uber_die_voraussetzungen_einer_europaischen_agrarunion_juni_1952-de-f771596d-e613-4acb-acf1-ef897a0c3f47.html

Publication date: 25/10/2012

Voraussetzungen einer Europäischen Agrarunion (Juni 1952)

Von Staatssekretär Dr. Theodor Sonnemann, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Zum 25. März hatte die französische Regierung zu einer Konferenz eingeladen, die die Voraussetzungen zur Schaffung einer Europäischen Agrarunion, also im letzten Ziel die Schaffung eines einheitlichen westeuropäischen Marktes für einige oder für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse untersuchen sollte. Der Einladung waren sämtliche in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa zusammengeschlossenen Länder gefolgt, nämlich außer Frankreich, die Bundesrepublik, Österreich, Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Großbritannien, Schweden, die Schweiz und die Türkei. Alle beteiligten Länder waren sich darin einig, daß der Versuch unternommen werden sollte, die Vereinigung Europas wenn möglich auch durch eine Agrarunion zu fördern.

Besondere Lebensbedingungen der Landwirtschaft

Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß der Gedanke, einen gemeinsamen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu schaffen, hauptsächlich von den Überschußländern vorwärtsgetrieben wird. Aber es zeigte sich doch bereits am Beginn der Konferenz, nachdem die Delegationen ihre Standpunkte dargelegt hatten, daß die Probleme viel weitschichtiger sind als die, welche beim Schumanplan zu behandeln waren, und wesentlich schwieriger - nicht nur wegen der ungleich größeren, millionenfachen Zahl der betroffenen Betriebe, sondern wegen der spezifischen Wirtschaftsbedingungen der Landwirtschaft. Auch die Standortprobleme liegen hier ganz anders als beim Kohlenbergbau und der eisenschaffenden Industrie. Es bestand weitgehende Übereinstimmung darin, daß die Landwirtschaft nicht nur eine Summe von Unternehmungen, sondern vor allem eine Lebensform ist, deren Existenzgrundlagen durch Tradition und durch natürliche Verhältnisse und Bodenbeschaffenheit begründet sind. So fanden sich die Zuschußländer, die Bedacht darauf nehmen müssen, ihre Landwirtschaft zu behaupten gegen ungehemmte Einfuhren aus Ländern mit günstigeren Produktionsbedingungen, schnell zusammen in der Betonung einer ganzen Reihe von Vorbehalten und Bedenken.

Die deutsche Delegation hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Schutzmaßnahmen, die zugunsten der heimischen Landwirtschaft getroffen sind - wie etwa Zölle, Marktordnungsgesetze -, nur schrittweise und organisch abgebaut werden könnten. Für unsere Landwirtschaft kann die angestrebte Stabilisierung von Märkten und Preisen zunächst nur auf dem inneren Markt herbeigeführt werden. Wir suchen keine Absatzmärkte außerhalb unserer Grenzen - abgesehen von gewissen Spezialerzeugnissen, die für die Ernährungsbilanz nicht ins Gewicht fallen; also könnten wir höchstens zur Stabilisierung der Landwirtschaft derjenigen Länder beitragen, die sich darauf angewiesen fühlen, gesicherte Absatzmärkte für den Überschuß ihrer Agrarproduktion, insbesondere auch an nicht lebenswichtigen Erzeugnissen, zu suchen.

Um die Hauptnahrungsmittel

Im weiteren Verlauf der inzwischen angelaufenen Sachverständigen-Besprechungen soll die Frage untersucht werden, ob und wieweit die beteiligten Länder willens und imstande sind, ihre Produktion an den für die Krisenfestigkeit Westeuropas entscheidenden Hauptnahrungsmitteln zu steigern. Ferner haben wir darauf gedrungen, daß die Fragen vordringlich untersucht werden, die sich aus der Wiedervereinigung mit der sowjetisch besetzten Zone und den deutschen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie aus der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit dem europäischen Osten und Südosten ergeben würden. Wir haben betont, daß die Schaffung einer Agrarunion auch nur für einige der wichtigsten Hauptnahrungsmittel - wie Getreide und Zucker - die Herstellung vergleichbarer Produktionsbedingungen voraussetze, sowie auch die Ordnung der Währungsverhältnisse. Von ähnlichen Erwägungen Großbritanniens unterstützt, haben wir darauf hingewiesen, daß eine irgendwie geartete Agrarunion für uns nur annehmbar sei, wenn unsere Rechte aus dem Internationalen Weizenabkommen sowie einer in der Entstehung befindlichen Zuckerkonvention nicht berührt und unsere Beziehungen zu Nichtteilnehmerländern in Europa und in Übersee - auf die wir im Interesse unserer Industriewarenausfuhr

nicht verzichten können - nicht gestört werden. Schließlich haben wir darauf gedrungen, daß die amtlichen und die freien Organisationen des Bauertums in die weiteren Beratungen eingeschaltet werden. Denn keines der an einer etwaigen Agrarunion beteiligten Länder kann seine Bauern kommandieren, kann auch keine Erzeugungssteigerung erzwingen. Und eine Agrarunion kann, wenn überhaupt, nur zustande kommen, wenn die Bauern mitgehen; das werden sie aber nur tun, wenn sie ihre Lebensinteressen gewahrt sehen und eine Verbesserung ihrer Produktions- und Absatzbedingungen erwarten können.

Erstellung der sachlichen Unterlagen

Die vorbereitende Konferenz hat sich mit der Klärung gewisser grundsätzlicher Standpunkte begnügt und darauf verzichtet, Einzelfragen, wie etwa die eines internationalen Gremiums im Stile der Hohen Behörde der Montanunion, auch nur zu erörtern. Der interimistische Arbeitsausschuß wird sich mit der Erstellung der sachlichen Unterlagen für die Hauptkonferenz befassen, die bis zum 31. Oktober dieses Jahres zusammentreten soll. Bis dahin werden sich auch weitere Entwicklungen übersehen lassen, die - wie die europäische Verteidigungsgemeinschaft oder die gesamtdeutsche Frage - mit einer Agrarunion zwar nicht formell zusammenhängen, jedoch ihr Gesicht weitgehend bestimmen könnten.

Das große von der nächsten Hauptkonferenz zu behandelnde Arbeitsgebiet ist nunmehr gesichtet und verschiedenen Arbeitsausschüssen zugewiesen worden. Der deutschen Forderung auf Einschaltung der Bauernverbände hat die Bundesregierung dadurch entsprochen, daß der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, mit der Führung der deutschen Sachverständigendelegation beauftragt worden ist.